

Erarbeiten einer Verwaltungsanleitung zur Erteilung von wasserrechtlichen Gestattungen unter Berücksichtigung der tatsächlichen und projizierten klimabedingten Veränderungen an Gewässern

Akteur

Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL)

Beschreibung

Im Zuge des Klimawandels sollte das SMUL eine Handlungsanleitung für den Verwaltungsvollzug in den unteren Wasserbehörden und der Landesdirektion erarbeiten, welche für die Erteilung wasserrechtlicher Gestattungen die Anforderungen der Klimaanpassung berücksichtigt. Sie würde einen einheitlichen Entscheidungsrahmen zur einzelfallbezogenen Bewertung in den Vollzugsbehörden darstellen.

Auch für die Prüfung bestehender Erlasse und möglicherweise ihre Änderung aufgrund geänderter Anforderungen durch den Klimawandel wäre eine derartige Verwaltungsanleitung sinnvoll. Von besonderer Relevanz sind insofern die Erlaubnis oder Bewilligung von Gewässerbenutzungen (§ 9 WHG) (z. B. Ableiten aus Gewässern, Aufstau von Gewässern, Einleitung in Gewässer), Planfeststellungen oder Plangenehmigungen (§ 68 WHG) (z. B. bei Herstellung, Beseitigung oder wesentlicher Umgestaltung eines Gewässers oder seiner Ufer) sowie Genehmigungen nach § 36 WHG (z. B. bauliche Anlagen in Gewässern oder in weniger als 60 m Entfernung von einem Gewässer, wenn nicht bereits eine Baugenehmigung notwendig ist).

Bezug zum Klimawandel und Priorität

Die Berücksichtigung des Klimawandels bei der Erteilung von Wasserrechten stellt ein rechtliches Instrument der Klimaanpassung dar. Die Maßnahme wirkt langfristig im Hinblick auf zukünftige Gestattungen für die Nutzung von Gewässern. Sie zielt darauf ab, bereits heute Handlungsoptionen für die Anpassung an den Klimawandel offenzuhalten.

Die Berücksichtigung der klimatischen Entwicklung bei der zukünftigen Erteilung wasserrechtlicher Gestattungen ist von hoher Bedeutung im wasserrechtlichen Vollzug. Jede Erteilung langfristiger Wasserrechte ohne ihre Berücksichtigung kann die Handlungsoptionen zur Klimaanpassung verringern.

Bezug zur Modellregion und regionale Differenzierung

Die Maßnahme ist innerhalb der gesamten Modellregion anzuwenden. Für die Umsetzung der Handlungsanleitung sind Schulungen vorzusehen.

Synergien und Zielkonflikte

Synergien: Wasserwirtschaftliche Gestattungen sind häufig Bestandteil von Genehmigungsverfahren. Findet das Thema Klimaanpassung Eingang in den Vollzug der Wasserbehörden, dürfte dies positive Auswirkungen insbesondere auch für das Erreichen von Zielen des Naturschutzes und der Freiraumplanung haben.

Zielkonflikte: Aufgrund des Klimawandels ist ein eher gesteigertes Interesse an Wassernutzungen zu erwarten (z. B. Kühlwasser, Wasser zu Zwecken der Bewässerung in der Landwirtschaft, Hochwasserschutzanlagen). Gleiches gilt im Zuge der Energiewende für Neuanträge der Wasserkraftnutzung. Die Berücksichtigung der klimatischen Entwicklung kann zur zeitlichen Befristung von Wasserrechten bzw. zur Versagung der wasserrechtlichen Gestattungen führen.

Niedrigwassermanagement im Zuge der Bewirtschaftung von Oberflächengewässern

Bei Gewässern mit langsamen Fließgeschwindigkeiten, periodisch stark schwankenden Abflüssen, Gewässern mit Kraftwerksnutzung in Schwall- und Sunkbetrieb oder Talsperren ist für längere Hitzeperioden ein spezifisches Niedrigwassermanagement vorzusehen. Es umfasst folgende Maßnahmen:

- Festlegen von Schwellenwerten, die den Eintritt eines Niedrigwasserereignisses für den betroffenen Gewässerabschnitt kennzeichnen z. B. die Gewässertemperatur, die Sauerstoffsättigung, die Abflussmenge und die zu erwartende Dauer des Niedrigwassers
- Frühzeitiges Erkennen von möglichen Wasser-Nutzungskonflikten und Priorisierung der Gewässernutzungen
- Entwickeln von Festlegungen, welche Nutzungen bei Erreichen bzw. Unterschreiten der Schwellenwerte einzuschränken sind, wobei neben den gewässerökologischen Kriterien auch die Handlungsspielräume der Wassernutzer in die Überlegung einbezogen werden müssen
- Entwickeln eines Monitoringsystems für den Niedrigwasserfall: Überwachen von Durchflussmenge sowie relevanten Güteparametern während des Niedrigwasserereignisses

Überprüfung der wasserrechtlichen Erlaubnis – Beispiel Wärmeeinleitungen von Kraftwerken

Bestehende wasserrechtliche Erlaubnisse sollten in Umsetzung des oben beschriebenen Niedrigwassermanagements überprüft werden. So kann es unter Umständen nötig sein, zusätzliche Auflagen zur maximalen Einleittemperatur bzw. der maximalen Aufwärmspanne (Sommer/Winter) und der maximalen Entnahmemenge (Sommer/Winter) für Kraftwerke aufgrund ihrer Durchflusskühlung zu erteilen (LAWA- Ausschüsse Oberirdische Gewässer und Küstengewässer. Grundwasser und Wasserversorgung sowie ad hoc-Ausschuss Hochwasser 2007). In den Sommermonaten bedeutet dies eine Drosselung ihrer Leistung.

Die wasserrechtlichen Erlaubnisse können dabei an bestimmte Schwellenwerte für Temperatur und Wasserstand im Oberflächengewässer gekoppelt werden (s. o. Niedrigwassermanagement).

Berücksichtigung des Klimawandels bei der Standortfindung und Genehmigung von Wärmekraftwerken

Bei der Planung neuer Wärmekraftwerke (Planfeststellungsverfahren) sollten die durch den Klimawandel bedingten Veränderungen von Flusswassertemperaturen und Abflussverhältnissen bereits bei der Standortfindung berücksichtigt werden. Das setzt die Bereitstellung geeigneter Daten und Planungswerkzeuge voraus, welche es ermöglichen, sowohl veränderte Klimabedingungen als auch andere Randbedingungen wie Abflussverhältnisse, Beschattung oder Wärmeeinleitungen in den Planszenarien zu berücksichtigen (WWF Deutschland 2009). Bei der wasserrechtlichen Genehmigung für einen definierten Standort eines Wärmekraftwerks sind die Faktoren projizierte klimatische Entwicklung, Abflussverhältnisse, bereits genehmigte Wärmeeinleitung im Ober- oder Unterlauf sowie Möglichkeiten der Sauerstoffanreicherung mit in die Entscheidung einzubeziehen. Hierdurch kann die Wahl des Kühlkonzepts beeinflusst werden.

Quellen

LAWA- Ausschüsse Oberirdische Gewässer und Küstengewässer. Grundwasser und Wasserversorgung sowie ad hoc-Ausschuss Hochwasser (2007): 1. Entwurf eines LAWA-Strategiepapiers "Klimawandel - Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft" gem. Beschluss Nr. 2 zu TOP 6.2 a zur 133. LAWA-VV in Trier (Stand: 07.09.2007). URL: http://www2.hmuelv.hessen.de/imperia/md/content/internet/wrrl/2_umsetzung/hintergrundinformationen/lawa_strategiepapier_klimawandel.pdf.

WWF DEUTSCHLAND (2009): Die mögliche Wirkung des Klimawandels auf Wassertemperaturen von Fließgewässern – Erläuterungsbericht. Frankfurt am Main: 25 S.
